

**Zeitschrift:** Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 70 (1991)  
**Heft:** 3-4

**Rubrik:** Politische Revue

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

die Einführung eines Grundeinkommens angestellt. Im Vordergrund steht das Modell eines allgemeinen, bedingungslosen Grundeinkommens in bescheidenen Höhe, ergänzt durch ein teils staatliches, teils privates Sozialversicherungssystem. Die Finanzierung sollte zumindest teilweise durch eine Wertschöpfungssteuer gesichert werden. Einiges deutet darauf hin, dass in den Niederlanden in den nächsten Jahren ein entsprechendes allgemeines Grundeinkommen eingeführt werden könnte.

### **Rüstungspolitik als Initiativfutter**

Vielbeachtet in der Presse war ein ungewohntes Zweiergespann im Nationalrat der vergangenen Sommersession: Der Berner Oberländer SVP-Nationalrat Fritz Hari unterstützte den Antrag von SP-Präsident Peter Bodenmann, der beim Rüstungsprogramm 200 Millionen für die Umstellung der Rüstungsarbeitsplätze auf die krisensicherere zivile Produktion beantragte. Im Gegensatz zur Mehrheit der Bürgerlichen hatte er aus sach- und regionalpolitischer Einsicht keinerlei Berührungsängste. Die Chance, aus dem Verlegenheits-Rüstungsprogramm noch etwas Nützliches zu machen, wurde vertan. Erfolglos blieb auch der SP-Antrag, das Rüstungspäckli auf zwei Jahre zu erstrecken. Denn in einem Jahr will das EMD Platz haben, um die Flugzeugbeschaffung unter Dach zu bringen.

Es kommt einem vor, als ob in der Schweizer Politikwirklichkeit die Zeit stillstehen würde. Die Rüstungsbezüge ändern kaum, die fürs EMD strammstehenden Bürgerlichen ändern kaum, nur der Sinn des Ganzen wird immer absurder. Ein Trost bleibt: Das Volk denkt in seiner Mehrheit ganz klar anders. Und deshalb sind die parlamentarischen militärpolitischen Halsstarrigkeiten nur gutes Initiativenfutter oder anders gesagt, Wasser auf die gut laufenden

Mühlen der beiden Volksbegehren «Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik» beziehungsweise «Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr».

### **Erste Frauenquote im Berner Stadtrat**

Fortschrittlich und frauensolidarisch war der Berner Stadtrat. Das noch immer männerdominierte Parlament hat mit deutlicher Mehrheit eine Motion der SP-Fraktion überwiesen, welche eine Mindestquote von 40 Prozent (für Frauen und Männer) verlangt.

Mag sein, dass der Vorstoss bei voller Präsenz der ablehnenden bürgerlichen Fraktionen knapp verworfen worden wäre. All jene Männer, die geglaubt haben, die Frauensession könnten sie ruhig schwänzen, haben jetzt ihre doppelt verdiente Quittung erhalten. Sensationell ist der frauenpolitische Fortschritt allemal. Und nach dem Berner Erfolg, werden weitere SP-Vorstösse für Quotenregelungen überall in der Schweiz eingereicht werden.

### **Die Asylprofiteure mobilisieren gegen die Asylpolitik**

Die Zürcher SVP reitet auf der Populistenwelle. Das asylpolitische Ma-

laise ist gross. Grund genug für die Hauspartei Nationalrat Christoph Blochers mit einer Petition lauthals eine andere Asylpolitik zu verlangen. Konkrete Vorschläge fehlen allerdings. Für die Wahlen reicht es ja auch, wenn man einfach Wind macht und mit dem asylpolitischen Teufel an der Wand die ehemaligen NA-Wähler für sich gewinnen will. Besonders unglaublich am unschönen Spiel ist dabei, dass ausgerechnet jene Kreise, die die SVP traditionell vertritt, am meisten von der schleppenden und bürokratischen Asylpolitik des Bundes profitieren. Denn ohne die Billigarbeitskräfte aus dem Asylbereich würde kaum mehr eine Wirtschaft funktionieren. Gleichermaßen gilt für andere Gewerbebereiche. Fazit: Asylpolitische Radikalforderungen heizen das Missbehagen im Volk an, die Asylsuchenden werden immer ungeliebter und dadurch noch unterwürfiger und arbeitsamer. Die billige Arbeitskraft wird gefügiger und bleibt dank weiterhin schleppenden Verfahren auch sicher für ein paar Jahre im Betrieb.

### Murtens Kronenwirt hilft bestreikten Papis

Das Hotel Krone in Murten, bzw. die Wirtefamilie Nyffeler, konnte nicht mitansehen, wie der erfolgreiche Frauenstreik vom 14. Juni geplagte Männer beim Büchsenöffner Hilfe su-

chen mussten. Angesichts des von verschiedenen Warentests notorisch schlechten Ernährungswerts von Konserven-Ravioli hatten Nyffeler wohl auch mit den nachstreiklich allenfalls abgemagerten Kindergesichtchen Erbarmen. Deshalb frisch gehandelt: Mit Werbebrief bot die Krone Murten allen bestreikten Männern ein veritable Streikmenü an: Papi zahlt und bis zu vier Kinder essen gratis. Die selteneren Grossfamilien haben offenbar auch im Kronen-Streik-Angebot keine Berücksichtigung gefunden. Wie weit es von Kleinfamilien am 14. Juni genutzt worden ist, ist unbekannt. Vielleicht ist der Kronenwirt von Murten ein cleverer Geschäftsmann und hofft, die paar unsolidarisch funktionierenden streikgeschädigten Männer wüssten künftig das Restaurant auch zu Normalzeiten zu schätzen. Schade nur, dass die vielen Frauen in Küche, Restaurant, die tapfere und generöse Papi-Hilfs-Kolonne nicht streikend fest und allein in hilfreiche Männerhände legten.

### Die abrökkelnde Vorortsbasis

Europapolitik auch an der Tagung des Verbands Schweizerischer Maschinenindustrieller (VSM): Die Maschinenexporteure halten wenig vom Alleingang gewisser Rechtsausenpolitiker in der Schweiz. Deshalb

war die Kritik in der VSM-Präsidentenrede an den unzeitgemässen Bremssignalen aus der Zentrale des Vororts des Handels- und Industrievereins deutlich herauszuhören. Zu sehr ist die Maschinenindustrie seit Jahrzehnten auf die offenen Grenzen in Europa angewiesen. Alleingehen können nur jene, die ihr Kapital bereits ausserhalb der Schweiz investiert haben. Ihre Vision ist dann wohl eine Schweiz als Hongkong Europas. Und dies wiederum kann ja nicht die Vorstellung der aussenwirtschaftsverflochtenen Maschinenindustrie mit Standort Schweiz sein. Nach den finanzpolitischen Bocksprüngen des Vororts, haben wir nun ein zweites Thema, bei dem die Haltung des grossen Dachverbands der Wirtschaft zu den existentiellen Bedürfnissen seines einst wichtigsten Industriebereichs querliegt. Der Basisverlust und damit grosse Einbussen an Sachkompetenz des Vororts sind unübersehbar. Die historisch dominante Verbandsmacht bröckelt ab. Die schweizerische Politik wird daraus die nötigen Konsequenzen ziehen müssen.